

Es besteht Einigkeit darüber, dass nur eine Gleichstellung der Schulformen Gesamtschule und Sekundarschule bei der Aufnahme in die Jahrgangsstufe 5 eine dauerhafte Entlastung des Schulstandortes Rheinbach bedeuten würde, da ansonsten sowohl räumliche als auch personelle Probleme die Folge sein würden. Verschiedene Ausschussmitglieder teilen mit, dass sie auf politischen Wegen versuchen werden, dieses Ziel zu erreichen.

Auf Nachfrage zu einer Einschätzung der Verwaltung hinsichtlich Schülerprognose stellt Erster Beigeordneter Dr. Knauber fest, dass die erst kürzlich vorgenommene Planung bedingt durch externe Effekte bereits überholt ist und kündigt voraussichtlichen Zuzug weiterer Flüchtlinge bis zum Jahresende an. Daher würde derzeit ein neuer Schulentwicklungsplan keinen Sinn machen. Er sieht daher eher, dass evtl. Spitzen durch mobile Klassen aufgefangen werden müssen, eine durchgängige 6-Zügigkeit wäre eine enorme finanzielle Belastung. Bezüglich des Sachstands einer Dependance in Alfter teilt er ergänzend mit, dass als nächster Schritt ein gemeinsames Gespräch mit Vertretern der Gemeinde Alfter bei der Bezirksregierung Köln geplant ist. Hinsichtlich der Frage nach einer 2- oder 3-Zügigkeit einer Dependance erläutert er, dass pädagogisch nur eine 3-Zügigkeit Sinn mache, die Bezirksregierung aber auch eine 2-Zügigkeit genehmigen würde, da man davon ausgeht, dass dann eine Art „Sog- Effekt“ eintreten würde.